

TEXT PODCAST

25. Mai 2011

Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:

Deutscher Verbrauchertag 2011: Mehr Strategie in die Verbraucherpolitik

Eine fundierte verbraucherpolitische Strategie mit klaren Zielen fordert der Verbraucherzentrale Bundesverband anlässlich des Deutschen Verbrauchertages 2011. Kernpunkte müssten systematische Marktanalysen, ein Ausbau der Verbraucherforschung sowie eine starke Interessenvertretung der Verbraucher sein.

Link zur Pressemitteilung: <http://www.vzbv.de/go/presse/1491/index.html>

O-Töne von

- **Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)**
- **Ilse Aigner, Bundesministerin für Verbraucherschutz (CSU)**
- **Hans-Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär (FDP)**
- **Renate Künast, Bundesfraktionsvorsitzende (Bündnis 90/Die Grünen)**
- **Ulrich Kelber, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

Beitrag

Der Verbrauchertag 2011 stand in diesem Jahr unter der Überschrift „Wie viel Staat braucht der Verbraucher?“. Was ist die richtige Balance zwischen der Eigenverantwortung des Einzelnen und der staatlichen Fürsorgepflicht? Mit hochrangigen Gästen aus Politik und Wissenschaft wurden diese Fragen ausgiebig diskutiert. Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, fordert eine fundierte verbraucherpolitische Strategie mit klaren Zielen, die sich an den Lebensrealitäten der Verbraucher ausrichtet:

O-Ton 1 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:19 Min)

Ich glaube, der Staat braucht nicht dem Einzelnen vorzuschreiben, wie Dinge gemacht werden. Er sollte auch nicht Produkte verbieten, sofern es sich nicht um gesundheitlich gefährliche oder umweltschädliche Produkte handelt. Er muss für den Rahmen sorgen, er muss die Leitplanken einziehen und dann aber auch dafür sorgen, dass die Dinge funktionieren.

Der Markt allein sorgt nicht für faire Bedingungen und die positive Wirkung des Wettbewerbs hat ihre Grenzen.

Die Probleme sind vielfältig: Finanz- oder Altersvorsorgeprodukte werden kaum verstanden und nützen den Vertreibern oft mehr als den Kunden. Der Tarifdschungel im Telekommunikationsmarkt ist kaum zu durchdringen und im Internet haben die Nutzer immer weniger Kontrolle über ihre eigenen Daten. Der Staat kann und muss hier schützend eingreifen, sagt die Bundesministerin für Verbraucherschutz Ilse Aigner, die erforderliche Bürokratie müsse man dafür in Kauf nehmen:

O-Ton 2 Ilse Aigner, Bundesministerin für Verbraucherschutz (CSU) (0:31 Min)

Staat und Politik schaffen Sicherheit. Staat und Politik schützen die Verbraucher und die Wirtschaft vor schwarzen Schafen, die den Ruf einer ganzen Branche beeinträchtigen können. Kurzum, Staat und Politik treffen Regelungen für Verbraucher zum Wohle des

Allgemeinwesens. Also gab es und gibt es offensichtlich auch notwendige und sinnvolle Bürokratie. Ich meine, dass man darauf auch hinweisen darf, wenn wieder einmal der Vorwurf kommt, wir hätten zu viel Staat.

Doch der Staat kann den Verbraucher nicht vor Fehlentscheidungen schützen. Das ist auch nicht seine Aufgabe, argumentiert Hans-Joachim Otto von der FDP, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

O-Ton 3 Hans-Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär (FDP) (0:22 Min)

Wir müssen von vornherein den Menschen klarmachen, ihr müsst Euch informieren, ihr dürft nicht darauf vertrauen, dass sozusagen alle Lebensrisiken von euch genommen werden. Wir wollen den mündigen Verbraucher haben. Das heißt, das ist ein hohes Maß an Verantwortung, das wir den Menschen zumuten, aber das ist unser Menschenbild und dafür setzen wir uns ein.

Doch wie können Entscheidungen getroffen werden, wenn die notwendigen Informationen unzureichend oder sogar bewusst irreführend sind? Diese Frage wurde vor allem in Bezug auf die Finanzbranche diskutiert. Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen will gerade in diesem Bereich stärker regulieren:

O-Ton 4 Renate Künast, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen (0:21 Min)

Ich meine, dass man auch gerade diese Branche wie alle anderen in einen Rahmen setzen muss. Wenn heutzutage eben so Geld angelegt wird, ob als Altersvorsorge oder für den nächsten Traumurlaub, dann muss man da ein paar Strukturelemente einziehen. Ich bin schon der Meinung, dass man sich Gedanken machen muss über die Frage, welche Papiere werden eigentlich zugelassen.

Die Entscheidung wo und vor allem wie stark der Staat eingreifen könnte oder sollte, setzt voraus, dass man die Probleme der Verbraucher auch wirklich kennt. In diesem Punkte gibt es noch viele offene Fragen, deshalb plädiert Gerd Billen für mehr Verbraucher- und Anbieterforschung.

O-Ton 5 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:20 Min)

Wir brauchen mehr Forschung, um zu sehen: Wie ticken Verbraucher, was sind ihre Grenzen, wo brauchen sie Unterstützung und wo nicht. Wir brauchen also mehr Geld aus dem Haushalt des Bundes für Verbraucherschutzforschung, damit wir wissen, was sind die Dinge, die die Leute beschäftigen, und was sind die richtigen Instrumente.

Um all das umzusetzen, sind effizientere Strukturen und gut ausgestattete Institutionen notwendig. Ulrich Kelber, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zieht eine kritische Bilanz zur Verbraucherpolitik.

O-Ton Ulrich Kelber, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (0:21Min)

Es gibt Bereiche, da muss der Staat einfach Schutz bieten, indem er verbietet oder gebietet. Es gibt Bereiche wo geholfen werden muss - die Idee der Marktwächter als Unterstützung des Staates. Und es gibt welche, wo er die richtige Unterstützung braucht, um völlig autonom und mit seiner eigenen Erfahrung zu unterscheiden. Und das hat Verbraucherpolitik nicht immer richtig gesehen.

ENDE